



121. Sitzung

Düsseldorf, Donnerstag, 2. April 2009

[Auszug aus der Sitzung]

Tagesordnungspunkt 11

11 Was tut die Landesregierung für Lesben und Schwule?

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [Drucksache 14/8871](#)

Ich eröffne die Beratung und erteile Frau Kollegin Asch das Wort für die antragstellende Fraktion. Bitte schön, Frau Kollegin Asch.

Andrea Asch^{*)} (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind beim letzten Punkt dieser Tagesordnung angekommen. Dass die Lesben und Schwulen auf dem letzten Platz – noch nach den Strafgefangenen – gelandet sind, scheint mir doch symptomatisch zu sein.

Meine Fraktion fordert mit ihrem Antrag die Landesregierung auf, einen Bericht vorzulegen, der erläutert, was in der Lesben- und Schwulenpolitik in der Zeit der schwarz-gelben Landesregierung für Lesben und Schwule unternommen beziehungsweise was zum Abbau von Diskriminierung geleistet wurde. Meine Fraktion – den meisten Lesben und Schwulen, mit denen ich in Nordrhein-Westfalen gesprochen habe, geht es nicht anders – kann kaum ein Fortkommen oder Fortschritte erkennen.

Ich habe zurückgeschaut und mich gefragt: Was hat die Landesregierung in diesem Bereich unternommen? – Die erste Aktion, mit der man kurz nach der Wahl direkt einen unvergesslichen Eindruck hinterlassen hat, war, dass Minister Laschet das Handbuch für Multiplikatoren in Schule und Jugendhilfe einfach aus dem Verkehr gezogen hat.

Sinnigerweise trug dieses Handbuch den Titel „Mit Vielfalt umgehen – Sexuelle Orientierung und Diversity in Erziehung und Beratung“, und daher hätte eigentlich jeder und jede wissen müssen, wie Sie als Landesregierung mit Vielfalt umzugehen gedenken. Das war 2005.

Wie ging es dann weiter? – Als Erstes wurde dann in Folge am 01. Januar 2006 die Akzeptanz-Kampagne gestrichen. Die Begründung war, die Akzeptanz sei bereits erreicht. Ob das auch der Grund war, warum noch im gleichen Jahr die Fördermittel für die Lesben- und Schwulenarbeit gekürzt wurden, weiß ich nicht. Ich vermute allerdings, auch hier stand die Aussage dahinter: Die Akzeptanz ist bereits erreicht.

Auch in den folgenden Jahren kann ich beim besten Willen nichts Wesentliches ausmachen, das die Landesregierung in der Lesben- und Schwulenpolitik vorzuweisen hat.

Ich will hier nur zwei Beispiele aufführen, die nicht nur für die Homosexuellen in Nordrhein-Westfalen enttäuschend waren.

Mein erstes Beispiel: Das Land Nordrhein-Westfalen hat die Möglichkeit, die Gleichstellung von eingetragenen Partnerschaften mit verheirateten Beamten und Beamtinnen herbeizuführen, auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben. Erst hieß es: Nicht jetzt, nicht heute, nicht zu diesem

Zeitpunkt. Das machen wir im Rahmen einer großen Reform. – Später wurde dann verkündet, dass die große Reform in dieser Legislaturperiode nicht mehr in Angriff genommen werden soll. Und dass die Gleichstellung der Lebenspartnerschaft auch bei der jetzigen Änderung der dienstrechtlichen Vorschriften keine Rolle spielt, hat mich dann nicht mehr verwundert.

Das zweite Beispiel betrifft die Versorgungswerke. Auf unsere Anfrage, was denn die Landesregierung unternimmt, um die berufsständischen Kammern zu bewegen, den Ansprüchen der Europäischen Kommission gerecht zu werden und die gebotene Gleichstellung umzusetzen, war man sich aufseiten der Landesregierung nicht zu schade, sich auf das Argument der Satzungsautonomie der Körperschaften zurückzuziehen. – Also auch hier sehe ich kein Fortkommen, keine Aktion und keine Aktivität der Landesregierung.

Ich will, meine Damen und Herren, nicht unterschlagen, dass es an der einen oder anderen Stelle auch Unterstützung gab und gibt. Allerdings beschränkt sich diese Unterstützung nur auf den ideellen Teil. Sie finden schöne Worte – Herr Laschet macht das ja immer sehr nett –, (Beifall von CDU und FDP – Dr. Jens Petersen [CDU]: Guter Mann!)

aber die Taten in diesem Kontext bleiben aus.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich erwähne beispielhaft, dass der Minister die ARCUS-Stiftung mit seiner Anwesenheit unterstützt hat, aber der Diskussion über eine Zustiftung, die das Land Geld kosten würde, geht man lieber aus dem Weg.

Genau das Gleiche gilt für die wichtige und hervorragende Arbeit von SchLAu NRW. Es reicht eben nicht, meine Damen und Herren, dass zwar im Amtsblatt für ein Projekt von SchLAu geworben wird, aber die weitere Unterstützung ausbleibt. Es reicht eben nicht, immer nur zu sagen: „Es ist toll, was ihr geleistet habt“, oder lediglich Unterstützung bei der Vermittlung von Kontakten zu leisten.

Es gibt noch ein Symptom dafür, dass die Unterstützung für die Schwulen und Lesben in Nordrhein-Westfalen nicht mit dem nötigen Nachdruck geleistet wird: Innerhalb des Apparates, innerhalb des Ministeriums hat es in den letzten Jahren eine Verschiebung der Prioritäten gegeben. Die Arbeit, für die ursprünglich einmal vier Vollzeitkräfte eingestellt worden sind, soll heute eine einzige Vollzeitkraft erledigen, die zusätzlich 15 weitere Felder mitbearbeiten muss.

Es wird Sie also nicht erstaunen, dass ich den Eindruck habe, dass man die immer noch unverzichtbare Arbeit und die Verwaltung des Mangels den Lesben-/Schwulen-Verbänden überlässt, die am Hungertuch nagen müssen und nur unzureichend finanziell unterstützt werden.

Meine Damen und Herren, ich gebe die Hoffnung nicht auf, dass ich mich irre und dass mich und uns alle ein Bericht der Landesregierung vielleicht eines Besseren belehrt. Wenn Sie meinem Antrag zustimmen, dann haben Sie die Chance, den Eindruck, den die schwul-lesbische Community und wir als Grüne haben, zu widerlegen. Ich bitte Sie deshalb um Zustimmung zu unserem Antrag. – Ich wünsche Ihnen allen ein schönes Osterfest und erholsame Osterferien.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Asch. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU der Kollege Ratajczak das Wort. Bitte schön, Herr Ratajczak.

Marc Ratajczak^{*} (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Asch, Sie machen wirklich aus jeder Mücke einen Elefanten. Letztendlich ist es Beschlusslage des Ältestenrates – dort ist auch ihre Fraktion vertreten –, den Tagesordnungspunkt betreffend den

Strafvollzug nach vorne zu schieben, und ich kann überhaupt nicht erkennen, dass es in irgendeiner Weise wieder eine Diskriminierung von Lesben und Schwulen ist, dass es per Zufall der letzte Tagesordnungspunkt ist. Mein Gott! Man kann es auch wirklich übertreiben!
(Beifall von CDU und FDP)

Ich kann auch sagen, dass die Präsidentin Mitte Mai – und darauf bin ich auch sehr stolz – pünktlich zur Vorbereitung des CSD einen Empfang für das Schwule Netzwerk NRW und alle beteiligten Verbände veranstalten wird. Auf der Tribüne sitzen auch Vertreter – darüber freue ich mich sehr –, die sich die Debatte heute hier anhören werden. Herzlich willkommen, Herr Popp und Weggefährten! – Nein, Frau Asch, Sie übertreiben es wieder maßlos, und dies spiegelt wieder einmal Ihre pure Polemik wider.

Nun zur Sache. Ich hätte mir schon gewünscht, Frau Asch, dass Sie etwas zu Ihrem Antrag gesagt hätten und warum es letztendlich besser wäre, einen neuen Bericht zu erstellen, wieder 70 Seiten zu schreiben, und wie das dazu beitragen soll, Schwule und Lesben vor Gewalt und Diskriminierung zu schützen. Dazu haben Sie nichts gesagt. Sie haben wieder alte Dinge aus dem Hut gezaubert, die fünf Jahre her sind, die schon längst geheilt sind und über die kein Mensch mehr spricht. Sie haben einfach kein neues Thema.

Ich spreche jetzt ein bisschen zu Ihrem Antrag, weil wir diesem natürlich nicht zustimmen können, und ich möchte Ihnen auch die guten Gründe nennen, warum das so ist.

Für alle, denen es nicht so bekannt ist, weil sie nicht in der Community sind, will ich es erläutern: Der Christopher Street Day erinnert an den Stonewall-Aufstand in der Christopher Street vor gut 30 Jahren. Es ist 30 Jahre her, als mit Polizeirazzien massiv gegen Homosexuelle in Gaststätten vorgegangen worden ist. Gott sei Dank ist das lange vorbei.

Gott sei Dank ist auch die Zeit lange vorbei, als Politiker auch aus meinen Reihen im Frühjahr 1971 sagten: Ich will lieber ein kalter Krieger als ein warmer Bruder sein. – Diese Dinge sind glücklicherweise schon lange Geschichte.

Und noch eine Zeit ist vorbei – und darüber freue ich mich besonders –, nämlich die Zeit von Rot-Grün mit ewig langen Berichterstattungen

(Beifall von CDU und FDP)

und regelmäßigen Berichten, die nichts dazu beigetragen haben, um an der Situation etwas zu ändern, sondern einfach nur Leute beschäftigt haben.

Diese Berichte haben den Leuten vor Ort in keinsten Weise geholfen. Wenn ich mit meinem Freund nachts irgendwo durch die Stadt gehe, dann werden wir zum Teil genauso angemacht wie früher, und da hilft mir auch kein Bericht, den irgendjemand irgendwann einmal geschrieben hat, Frau Asch. Deshalb müssen wir anders vorgehen, und hier helfen uns auch keine ausführlichen Berichtswesen.

Nein! Wir konzentrieren uns lieber auf das Handeln und nicht auf irgendwelche Berichte und lange Reden.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Wo denn?)

Frau Asch, Sie haben die Kürzungen angesprochen. Ja, Frau Asch, wir haben die Mittel gekürzt – wie in vielen anderen Bereichen auch. Wir mussten aus haushaltsrechtlichen Gründen in dem Bereich etwas kürzen. Einen Stillstand, den Sie ansprechen, gibt es jedoch nicht.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Was ist mit der dienstrechtlichen Gleichstellung?)

Wir fördern wichtige Projekte – das ist die Wirklichkeit – wie psychosoziale Beratungsstellen, Antigewaltprojekte. Das Programm SchLAu haben Sie angesprochen. Das alles sind wichtige

Projekte, die tatsächlich helfen, Diskriminierung zu vermeiden. Auch die aktuelle Studie der europäischen Agentur für Grundrechte sagt: Jede vierte Lesbe und jeder zehnte Schwule haben bereits körperliche Bedrohung erfahren. Davon verschließen wir nicht die Augen, Frau Asch.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Aber Sie tun nichts!)

Natürlich gibt es das. Aber da hilft uns kein Bericht weiter, sondern wir müssen weitere Dinge entwickeln.

Die Selbstmordrate ist bei homosexuellen Jugendlichen um das Vierfache höher als bei heterosexuellen Jugendlichen. Natürlich beschäftigen uns diese Dinge. Natürlich stören uns Schimpfwörter wie „Schwule Sau“ oder „Schwuchtel“, was immer noch in den Schulen tagtäglich gesagt wird. Natürlich müssen wir daran weiterarbeiten. Aber auch da helfen uns keine Berichte weiter, die Sie jetzt einfordern. Das war vielleicht 1998 so. Das ist schon lange her. Damals war es vielleicht gut, weil es ein neues Politikfeld war. Aber heute sind wir in anderen Zeiten; da hat sich das geändert.

Notwendig sind andere Dinge, beispielsweise Homophobie bei islamischen Jugendlichen. Damit müssen wir uns auseinandersetzen. Hier müssen wir neue Akzente setzen, neue Ideen entwickeln. Auch dafür brauchen wir keine langen Berichte, sondern es sind möglicherweise Gespräche mit den Verbänden nötig, wie wir das regeln können.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Ratajczak, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Steffens?

Marc Ratajczak^{*)} (CDU): Gerne.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte schön, Frau Kollegin Steffens.

Barbara Steffens^{*)} (GRÜNE): Herr Kollege, Sie sagen die ganze Zeit, was man nicht machen muss. Ich bin daran interessiert zu erfahren, was man konkret machen muss, denn Gespräche können Sie schon die ganze Zeit führen.

Marc Ratajczak^{*)} (CDU): Es gibt Mittel wie beispielsweise SchLAU und viele andere Aufklärungsarbeit in den Schulen. Natürlich muss man überlegen, ob man mit den vorhandenen Mitteln umgehen kann. Eventuell müssen andere Schwerpunkte gesetzt werden, wie es beispielsweise in diesem Bereich geschieht. Da passiert ja schon etwas. Man darf die Augen nicht verschließen und muss möglicherweise in eine neue Richtung gehen. Als Beispiel nenne ich die ARCUS-Stiftung, Frau Steffens. Dort wird ja schon in eine neue Richtung gegangen. Diese Stiftung wird mit Privatmitteln unterstützt.

Ich komme zu meinem Fazit.

Erstens. Antidiskriminierung heißt für mich nicht, immer etwas Besonderes zu sein. Ein solcher Bericht macht einen immer etwas besonders. Ich halte uns nicht für etwas Besonderes. Es gibt auch keinen Bericht für Brillenträger. Warum soll es immer einen Bericht für so etwas geben? Das halten wir nicht für notwendig.

Zweitens. Wir arbeiten mit der Community zusammen. Natürlich könnte man das alles noch verbessern. Das ist sicherlich richtig. Aber man kann immer alles verbessern.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Ratajczak, der Kollege Groth möchte Ihnen auch noch eine Zwischenfrage stellen.

Marc Ratajczak^{*)} (CDU): Nein, von Herrn Groth haben wir heute schon genug gehört. Wir müssen ihm keine zusätzliche Plattform für sein Gefasel bieten.

(Heiterkeit und Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Sehen Sie das bei der Kollegin Asch anders?

Marc Ratajczak^{*)} (CDU): Frau Kollegin Asch, bitte.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Das ist diskriminierend, Herr Kollege!)

– Damit kann ich leben, Herr Groth.

(Heiterkeit bei der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte schön, Frau Kollegin Asch.

Andrea Asch^{*)} (GRÜNE): Herr Kollege Ratajczak, Sie sagen, dass Sie die Stimme von Herrn Groth schon so oft gehört haben. Mir haben Sie sicherlich nicht so oft zugehört.

(Marc Ratajczak [CDU]: Ich freue mich immer, Ihre Stimme zu hören, Frau Kollegin Asch!)

– Wunderbar.

(Zurufe von der CDU: Oh! – Marc Ratajczak [CDU]: Man muss ja auch einmal etwas Nettes sagen!)

Sie behaupten, die Landesregierung würde so viele konkrete Maßnahmen in der Schwulen- und Lesbenpolitik finanzieren und anstoßen. Sagen Sie uns doch einmal ganz konkret, was diese Landesregierung seit 2005 für Schwule und Lesben getan hat.

Marc Ratajczak^{*)} (CDU): Das kann ich Ihnen konkret sagen. Wir unterstützen die psychosozialen Beratungsstellen. Wir unterstützen nach wie vor das Antigewaltprojekt. Wir unterstützen nach wie vor die beiden Landesgeschäftsstellen. Wir unterstützen nach wie vor die SchLAu NRW, mit der wir Aufklärungsarbeit betreiben. Wir tun also schon etwas.

(Beifall von der CDU)

Natürlich, Frau Asch, sind in diesem Bereich Mittel gekürzt worden. Aber uns war wichtig, dass die Strukturen bestehen bleiben. Im Rahmen der normalen Haushaltskonsolidierung mussten wir einfach in dem Bereich Abstriche machen. Auch im Heterobereich, wenn ich das einmal so sagen darf, gibt es massive Einschränkungen. Das musste einfach sein. Das ist leider nun einmal so. Die Community ist aber auf einem guten Weg, mit den privaten Financiers Möglichkeiten zu schaffen. Auch alle anderen Vereine und Verbände sind mittlerweile auf Privatspenden angewiesen. Wir können einfach nicht mehr überall die finanziellen Mittel zur Verfügung stellen, wie wir es gerne würden. Ich würde an dieser Stelle auch gerne mehr machen; es geht aber leider nicht.

Ich komme zum Schluss meiner Rede. Mit einem neuen Bericht ändern wir nichts an der Situation, sondern wir müssen gesellschaftlich etwas tun. Aus meiner Sicht würde die Diskriminierung deutlich abnehmen, wenn beispielsweise einmal ein Fußball-Bundesligaspieler aufstehen und sich outen würde. Dies wäre ein aktiver Beitrag zur Antidiskriminierung von Schwulen und Lesben – nicht nur in Fußballstadien, sondern in der Gesellschaft, anders als es ein Bericht ist. – Ganz herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Ratajczak. – Für die Fraktion der SPD spricht nun die Frau Abgeordnete Hack.

Ingrid Hack^{*)} (SPD): Verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer von der LAG Lesben vom Schwule Netzwerk NRW! Herzlich willkommen!

Herr Ratajczak, Sie sprechen von einem Berichtsunwesen. Hier ist die Frage zu stellen: Warum legen die Regierungsfractionen gemeinsam mit dem Ministerium einen

Integrationsbericht vor, der mit starker Pressebegleitung völlig zu Recht in diesem Land und in diesem Landtag thematisiert wird? Warum gibt es einen Sozialbericht? Das alles ist für mich kein Berichtsunwesen. Die Kollegen von den Grünen fordern dies für eine besondere und in Nordrhein-Westfalen nicht unwichtige Zielgruppe. Das hat mit Berichtsunwesen nichts zu tun. So viel sei am Anfang klargestellt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wie Sie daraus unschwer entnehmen können, begrüßen wir als SPD-Fraktion den vorliegenden Antrag, einen Sachstandsbericht zur Politik gegen Ausgrenzung und Diskriminierung und für gleichberechtigte Teilhabe von Schwulen und Lesben in NRW vorzulegen.

Vieles von dem, was Sie gesagt haben, können Sie ja wunderbar in diesen Bericht schreiben. Davor braucht man doch überhaupt keine Angst zu haben. Warum sind Sie dagegen?

In diesem Antrag heißt es richtig: „Viel wurde bereits erreicht.“ Natürlich wurden die größten Fortschritte aus unserer Sicht im rechtlichen Bereich erzielt, also weitestgehend auf Bundesebene verhandelt und beschlossen. Rot-grüne Bundes- und Landespolitik haben seinerzeit vorbildliche Gleichstellungsmaßnahmen erreicht.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Ratajczak?

Ingrid Hack^{*} (SPD): Im Moment nicht, nein. – Ebenfalls richtig heißt es im Antrag aber auch: „Nach wie vor ist die völlige Gleichstellung nicht erreicht.“

2005 haben CDU und FDP im Koalitionsvertrag festgehalten:

Gleichgeschlechtliche Paare dürfen nicht diskriminiert werden. Ihre Selbstorganisation werden wir weiterhin angemessen unterstützen.

Wie hier bereits angeklungen ist – Frau Kollegin Asch hat darüber gesprochen –, haben wir uns in diesem Haus schon mehrfach darüber streiten können, was „angemessen unterstützen“ denn nun heißt – sei es bei den Haushaltsberatungen 2006, sei es bei der Debatte um das Abstimmungsverhalten NRWs zum Antidiskriminierungsgesetz, sei es bei der Debatte um die ARCUS-Stiftung, als deren Schirmherr Minister Laschet gewonnen werden konnte.

Dieser für Teile der CDU und ihrer Wählerschaft sicherlich problematische Schritt ist zu würdigen. Vermutlich wird er wie einige weitere Elemente der Politik der Landesregierung, die unter der Überschrift „Vielfalt der Lebensformen“ schon auf der Internetseite des Ministeriums stehen, Eingang in den hier geforderten Bericht finden. Dabei denke ich beispielsweise an die Unterstützung des Beratungsnetzes – Herr Ratajczak, darauf haben Sie völlig richtig hingewiesen – der Kampagne „SchLAu NRW“ und die Antigewaltarbeit.

Ich möchte heute nur noch Folgendes anmerken: Genauso wie Frau Kollegin Asch sind auch meine Fraktion und ich sehr gespannt auf den Bericht, weil darin sicherlich auch erläutert wird, warum das eigenständige, seit Jahren installierte ministerielle Referat für gleichgeschlechtliche Lebensweisen abgeschafft wurde. Dieses Thema, das in NRW eine nicht geringe Relevanz besitzt, ist nun Bestandteil des Arbeitsbereiches „Kommunale Familienpolitik, Allgemeine Fragen der Familien- und Lebensformen“.

Meine Damen und Herren, wenn Besonderheiten und spezielle Bedürfnisse von Zielgruppen besonderes Handeln erfordern, ist Gleichstellung nicht zuträglich – auch nicht im administrativen Rahmen. Sie werden uns diesen Schritt sicherlich erklären können.

Wir sind übrigens nicht die Einzigen, die das wissen möchten. Beim CSD-Empfang 2008 des Schwulen Netzwerks NRW in Köln richtete der Landesvorsitzende Steffen Schwab an die

Anwesenden, darunter auch Vertreterinnen und Vertreter der Regierungsfractionen, die Forderung – ich zitiere –:

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, an Sie, sehr geehrte Abgeordnete des Landtags in Düsseldorf, zu appellieren, einen uns schützenden, uns fördernden Blick auf den Umgang der Landesverwaltung mit unserer Arbeit und unseren Projekten zu richten. Wir haben in der Vergangenheit das für gleichgeschlechtliche Lebensweisen zuständige Referat als Partner erlebt, der uns gefördert und kritisch begleitet, immer wieder auch angeregt hat und selbst Initiativen für die Akzeptanz von Schwulen und Lesben in NRW ergriffen hat. Wir haben immer mehr den Eindruck, dass sich dies sehr verändert.

Wir erleben Misstrauen, Reglementierung und Kontrolle. Unser Verband leidet darunter. Und, viel schlimmer: Die landesweite Vernetzung und Qualifizierung von Jugendarbeit, Gesundheitsprojekten, interkulturelle und intergenerative Initiativen, die wir, immer noch mangels Alternativen, eben nur mit Förderung aus öffentlichen Mitteln unterstützen können, drohen zu verfallen.

Der hier geforderte Sachstandsbericht wird uns, wie gesagt, sicherlich Aufklärung über die Motive für diese Maßnahme verschaffen. Wir werden dem Antrag der Grünen zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Hack. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Abgeordnete Lindner das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege Lindner.

Christian Lindner^{*)} (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Man muss sich doch sehr über die hier geführte Debatte wundern.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Frau Kollegin Hack, Sie wollten jetzt auch noch eine große Organisationsdebatte über die Frage vom Zaun brechen, in welcher Weise in den Ministerien Referate eingerichtet oder aufgelöst werden. Ich muss Sie doch sehr bitten, auf die materiellen Ergebnisse der Politik zu schauen und nicht in ein Klein-Klein einzusteigen, das mit politisch-parlamentarisch-gesetzgeberischer Arbeit wirklich gar nichts zu tun hat.

(Beifall von FDP und CDU)

Entscheidend für uns ist, dass in Nordrhein-Westfalen weiter eine aktive Antidiskriminierungspolitik betrieben wird. Dafür brauchte es keine rot-grüne Landesregierung. Das kann eine konservativ-liberale Landesregierung genauso gut – und besser.

(Beifall von FDP und CDU)

Es ist nachgerade eine Unverschämtheit, dass die grüne Fraktion in ihrem Antrag geschrieben hat, dass seit 2005 in diesem Bereich in Nordrhein-Westfalen keine Weiterentwicklung stattgefunden habe. Das ist wirklich eine Unverschämtheit.

(Ralf Witzel [FDP]: Böswillig ist das!)

Trotz schwierigster Haushaltslage fördern wir nach wie vor fünf Beratungsstellen. Nach wie vor werden die zwei Geschäftsstellen des Schwulen Netzwerks NRW und der LAG Lesben in NRW weiter gefördert. Weiterhin gibt es einen Haushaltsansatz, der nur in der gleichen Weise linear reduziert worden ist, wie alle anderen Ausgabenprogramme auch zur Konsolidierung herangezogen worden sind.

Insofern ist es eine Unverschämtheit, zu sagen, es gebe keine Weiterentwicklung bzw. nur Kontinuität – zumal Sie eine entscheidende Innovation in diesem Politikfeld auch noch behindert haben.

(Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

– Ich komme jetzt darauf, Frau Asch. Aus dem Kreis der ehrenamtlich Aktiven ist die Idee geboren worden, die ARCUS-Stiftung einzurichten.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Diese Stiftung soll auch durch Testamentsspender und andere Zuwender in die Lage versetzt werden, in Selbstorganisation in Ergänzung zum Staat tätig zu werden. Dies müssen wir würdigen. Es ist Ausdruck bürgerschaftlichen Engagements. Wir als Koalitionsfraktionen haben hier im Landtag einen entsprechenden Antrag eingebracht, mit dem wir ausdrücklich Öffentlichkeit für diese gute Initiative schaffen und als Parlament unsere Unterstützung durch dieses Hohe Haus signalisieren wollten.

(Beifall von Walter Kern [CDU])

Bei diesem Antrag haben Sie sehr lange gebraucht, dass Sie ihn nicht in Bausch und Bogen abgelehnt haben.

(Beifall von der CDU)

An dieser Stelle sind Sie nicht Ihrer Verantwortung – auch gegenüber denjenigen, die sich dafür ehrenamtlich engagieren wollen – gerecht geworden.

(Zuruf von Ingrid Hack [SPD])

Sie haben ihnen Knüppel zwischen die Beine werfen wollen, während wir sie aktiv unterstützt haben. Das macht den Unterschied zwischen uns aus.

(Beifall von FDP und CDU)

Ich persönlich könnte mir durchaus vorstellen, diese ARCUS-Stiftung über Landesmittel finanziell über einen begrenzten Zeitraum zu fördern. Ich könnte mir vorstellen, dass das Land auch Zustifter für diese Stiftung wird. Gegenwärtig ist das aufgrund der Haushaltslage nicht möglich. Es gibt gewiss auch noch unterschiedliche Nuancierungen zwischen den Koalitionsfraktionen. Gleichwohl bleibt das ein Ziel zumindest unserer liberalen Antidiskriminierungspolitik in Nordrhein-Westfalen.

Ein letzter Satz, weil wir hier so eine Art kleine Generaldebatte führen: Wir sollten nicht vergessen, über was wir hier in Wahrheit sprechen und um was es Ihnen in Ihrem Antrag geht. Es ist nicht so, dass Sie beklagt haben, es gebe Stillstand in der Antidiskriminierungspolitik, und Sie sind jetzt mit einem Bündel von Maßnahmen, von kreativen Vorschlägen hier vorstellig geworden. Das beinhaltet Ihr Antrag nicht. Ihr Antrag enthält nicht eine einzige fachliche Innovation.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Ewald Groth [GRÜNE])

Das Einzige, was Sie wollen, ist ein schnöder, langweiliger Bericht. Sie fordern nicht mehr als beschriftetes Papier hier im Landtag ein. Mehr wollen Sie nicht.

(Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

Geschätzte Frau Asch, Ihren Bericht – davon gehe ich fest aus – werden Sie irgendwann von der Landesregierung als Regierungsbilanz in diesem Politikfeld auch bekommen. Dafür allerdings hätte es Ihres Antrags nicht bedurft. – Schönen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Lindner. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Laschet das Wort. Bitte sehr, Herr Minister.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Nicht die Redezeit überziehen!)

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann nahtlos an das anknüpfen, was der Kollege Lindner gerade vorgetragen hat. Ich habe, als ich mich auf diese Rede vorbereitet habe, als Erstes gefragt, um was es überhaupt geht. Hier steht Antrag drüber, und der Antrag besteht aus einer Frage: Was tut die Landesregierung für Lesben und Schwule?

Solche Fragen werden normalerweise in Kleinen oder Großen Anfragen oder auch in Fragestunden gestellt. Ich habe die Politik der Fraktionen im Landtag aber immer so verstanden, dass sie politische Vorstöße machen, dass Sie Vorschläge machen und in Debatten, nach denen der Landtag abstimmen soll, keine Fragen stellen.

Ich werde gleich die Frage beantworten: Was tut die Landesregierung für Lesben und Schwule?

Wenn man den Antrag bis zum Ende liest, stellt man fest – und das ist ein Politikfeld, in dem Sie die Landesregierung nicht kritisieren –, dass Sie nur einen Bericht über die Arbeit unserer Antidiskriminierungspolitik fordern. Die Antidiskriminierungspolitik der Landesregierung ist natürlich mehr als nur dieses eine Thema. Hätten wir einen Bericht zur Antidiskriminierungspolitik vorgelegt, wäre der wesentlich umfassender ausgefallen. Dass wir lieber konkret gegen Antidiskriminierung arbeiten, als Berichte zu schreiben, möchte ich Ihnen gerne darstellen.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Nur vorwärts!)

In unserem Bundesland bestehen gute Rahmenbedingungen für das professionelle und ehrenamtliche Engagement im Bereich der Antidiskriminierungsarbeit. Wir fördern das schon erwähnte Projekt SchLAu, das auch die antragstellende Fraktion hervorhebt. Da leisten 80 ehrenamtliche Mitarbeiter des Vereins für schwul-lesbische Aufklärung für Jugendliche vor allem an den Schulen unseres Landes erfolgreiche Antidiskriminierungsarbeit.

Darüber hinaus haben wir fünf psychosoziale Beratungsstellen, die wir fördern: in Bochum, Dortmund, Köln, Münster und Siegen. Wir fördern die Landeskoordination der Anti-Gewalt-Arbeit beim Sozialwerk in Köln, und wir fördern die Landesgeschäftsstellen der LAG Lesben in Nordrhein-Westfalen und des Schwulen Netzwerks Nordrhein-Westfalen. Und das alles ist eine Kombination von Selbsthilfeinitiativen, von bürgerschaftlichem Engagement, das hier eine staatliche Unterstützung erhält.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Asch?

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Ja.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte sehr, Frau Asch.

Andrea Asch^{*)} (GRÜNE): Herr Minister, können Sie dem Parlament erklären, warum Sie als Landesregierung sehr wohl einen Integrationsbericht, einen Sozialbericht, einen Gleichstellungsbericht vorlegen, sich aber offenbar im Bereich der Politik für Schwule und Lesben weigern, dem Landtag einen Bericht vorzulegen?

(Beifall von den GRÜNEN)

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Frau Kollegin Asch, ich habe versucht zu erläutern, dass wir Antidiskriminierungsarbeit machen, uns aber nicht mit Berichten lahmlegen.

(Beifall von der CDU)

Warum wir in den anderen Feldern Berichte erstellen, kann ich Ihnen sehr gerne sagen. Das ist nämlich ein Unterschied. Ich hätte an Ihrer Stelle allerdings nicht den Sozialbericht erwähnt. Kollege Laumann hat Ihnen hier deutlich gemacht, dass wir Armutsberichte vorlegen, weil wir eine Debatte brauchen, wie wir da etwas verändern können. Sie haben in Ihrer Amtszeit die Berichte gar nicht mehr vorgelegt, weil Sie Angst hatten vor der Debatte hier im Parlament.

(Beifall von der CDU)

Das war doch der Grund. Kollege Laumann kommt hierher, legt den Armutsbericht vor und möchte ihn hier diskutieren.

Unser Integrationsbericht ist etwas ganz anderes. Das ist eine Aufbereitung von Maßnahmen, die seit 2006 beschlossen wurden.

(Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

Frau Kollegin Asch, ich sage Ihnen gleich, warum vor 15 Jahren Ihre Berichte vielleicht richtig waren. Sie sind aber gedanklich stehen geblieben. Wir sind doch heute viel weiter mit unserer Politik.

(Beifall von der CDU)

Aber bei der Integrationspolitik haben wir im Jahre 2006 begonnen, haben zugesagt, dass wir dem Landtag jährlich berichten werden, wo wir stehen, haben den Mikrozensus als erstes deutsches Bundesland aufbereitet, damit wir wissen, wo die Problemlagen sind. Die Situation ist überhaupt nicht vergleichbar mit der, über die wir hier diskutieren.

Noch einmal zur Sache: Ich habe Ihnen gerade die Maßnahmen genannt, die wir bei der Antidiskriminierungsarbeit für Lesben und Schwule unternehmen. Dafür steht in der Weiterentwicklung der Strukturen die ARCUS-Stiftungsinitiative, die durch das private Engagement von Bürgerinnen und Bürgern aufgebaut wird. Auch das muss man hier einmal lobend erwähnen. Politik soll nicht immer so tun, als wenn sie das alles alleine kann. Hier haben Bürgerinnen und Bürger selbst die Initiative ergriffen, und wir unterstützen das.

Ich werde am 30. Mai wieder in Köln sein, habe die Schirmherrschaft für die diesjährige Aktion übernommen. Wir wollen in der Tat auch bürgerschaftliches Engagement für dieses wichtige Politikfeld einwerben. Ich erinnere daran, dass der Landtag von Nordrhein-Westfalen die Gründung der Stiftung einhellig begrüßt hat. Frau Asch, ich habe es eben erwähnt: Vor 15 Jahren machte das Sinn. Da standen wir ganz am Anfang in diesem Politikfeld.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sie, ja!)

– Nein, Sie. Sie haben doch 1996 erst damit angefangen.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Ach, Quatsch!)

Darf ich Sie einmal loben, Frau Löhrmann?

(Beifall von der CDU)

Wenn ich das Jahr 1996 nenne,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Da sind wir gerade in die Regierung gekommen!)

dann war das die Zeit, zu der Sie in die Regierung kamen. Sie müssen ja nicht so tun, als wenn vorher die Sozialdemokraten ständig an der Spitze des Christopher Street Days marschiert wären.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das stimmt!)

Das ist doch eine Entwicklung, die in den 90er-Jahren auf die Tagesordnung gekommen ist. Da machte es auch Sinn, hier Berichte einzufordern. Nur kann man schlecht in Anträgen schreiben: „Wir wollen Taten statt Worte“, und die Schlussfolgerung ist: Sie hätten gerne einen Bericht voller Worte ohne Taten.

Wir setzen auf die Taten und nicht auf Worte. Deshalb machen wir dazu keine Berichte.

(Beifall von CDU und FDP – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das war das Ziel, dass Sie mich einmal loben!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den **Antrag [Drucksache 14/8871](#)** selbst, weil die antragstellende Fraktion direkte Abstimmung beantragt hat. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Abgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen und die Abgeordneten von der SPD. Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP. Enthaltungen? – Damit hat der Antrag nicht die erforderliche Mehrheit gefunden und ist **abgelehnt**.

Wir sind damit am Ende der heutigen Sitzung.

Die **nächste Sitzung** findet statt am Mittwoch, den 6. Mai 2009, 10 Uhr.

Ich wünsche Ihnen allen einen angenehmen Abend, schöne Osterfeiertage und eine sichere Heimfahrt.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17:39 Uhr